



# Näher am Menschen

Aktuelles aus der niedersächsischen Landespolitik.  
Holzminden im Zentrum.

[www.sabine-tippelt.de](http://www.sabine-tippelt.de)

Ausgabe Nr. 5

Juli 2010

## Liebe Leserinnen und Leser,

Wulff ist nach „nur“ drei Wahlgängen neuer Präsident der Bundesrepublik, McAllister seit heute Ministerpräsident von Niedersachsen und dessen entsprechende Minister wurden bereits vor ein paar Tagen (noch durch Wulff) ausgetauscht. Mit personellen Erneuerungen werden häufig auch – das gilt z.B. für den neu gewählten SPD-Fraktionsvorstand – frische und innovative Ideen in die Politik mit eingebracht. Dass dieses nicht immer so sein muss, zeigt uns der CDU-Kultusminister Althusmann. Anstatt die Chance zu ergreifen und die Fehler seiner Vorgängerin Heister-Neumann zu beseitigen, führt er Ihre Schulpolitik gegen den Willen der Bevölkerung fort. Die SPD-Fraktion wird weiter an der Seite der Bürgerinnen und Bürgern stehen und versuchen, das schlimmste zu verhindern.

Das wird auch deswegen nötig sein, weil zu erwarten ist, dass das Land Niedersachsen unter Ihrem neuen Ministerpräsidenten weiter an Boden gegenüber den anderen Ländern verlieren wird – wirtschaftlich und sozial.

Immerhin bleibt uns dann noch die freundliche „Wohlfühlrhetorik“ des neuen Bundespräsidenten Wulff. Vielleicht passt dieses Amt tatsächlich besser zu seiner Person. Vernünftige Politik zu machen, gehört ja glücklicherweise nicht zum Kompetenzbereich des Staatsoberhauptes der Republik. In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch Christian Wulff.

Viele Grüße,

**Ihre Sabine Tippelt**

## Wirtschaftsförderung des Landes wird paradoxerweise zur Gefahr für die Unternehmen

Die chaotische Praxis der einzelbetrieblichen Förderung ist nach Ansicht der SPD-Landtagsabgeordneten Sabine Tippelt das herausstechende Merkmal einer nicht mehr nachvollziehbaren Wirtschaftspolitik des Fachministers Jörg Bode (FDP).

„Zunächst lässt Vorgänger Philipp Rösler den Wettlauf um Fördermittel zeitgerecht vor der Bundestagswahl richtig anheizen, um dann im Oktober 2009 festzustellen, dass das Programm völlig überzeichnet ist. Plötzlich fliegen reihenweise Unternehmen aus der Förderung raus – werden auf das Jahr 2010 vertröstet. Dann gibt es mit der ‚Neujustierung der Förderung‘ eine erneute Kehrtwende. Im Frühjahr dieses Jahres heißt es auf einmal, man fördere nur noch Infrastruktur und Tourismus“, erläuterte Sabine Tippelt.

Der größte Teil der Wirtschaftsunternehmen in Niedersachsen gehe leer aus. „Bode bremst die wirtschaftliche Entwicklung. Er nimmt in Kauf, dass Unternehmen in benachbarte Bundesländer abwandern“, sagte die SPD-Abgeordnete. Tippelt erklärte, dass sechs Unternehmen im Landkreis Holzminden betroffen seien. Weitere fünf Unternehmen hätten ihren Antrag auf GRW-Förderung bereits zurückgezogen – wohl eine Folge der unverantwortlichen Politik der CDU-/FDP-Landesregierung. Das Ausmaß der ‚Neujustierung‘ der GRW-Fördermittel würde besonders deutlich, wenn man sich die Zahlen vor Augen führe. Insgesamt stünden Investitionen in Höhe von 28 Millionen und damit knapp 50 neue und 212 durch die Maßnahmen gesicherte Arbeitsplätze im Landkreis Holzminden auf dem Spiel. Ebenso schlimm sei dabei, dass die betroffenen Unternehmen noch keine weiteren Informationen vom Land erhalten habe, wie es nun weitergehen solle.

Es entstände nun auch ein erheblicher Wettbewerbsnachteil für die Betriebe, so Tippelt weiter, da die GRW-Förderung in anderen Bundesländern nach wie vor gewährt würde. Das gilt nicht nur für die direkte Rendite der Investition, sondern auch indirekt über die günstigere Preisgestaltung für Produkte und Dienstleistungen.

„Wie im Landkreis Holzminden geht es vielen Wirtschaftsförderern in Niedersachsen. Sie sind enttäuscht, weil Sie den Versprechungen des Wirtschaftsministers geglaubt haben. Selbst CDU-Landräte wie Hans Eveslage aus Cloppenburg beschwerten sich über das hektische Vorgehen des Liberalen. Das hat schlichtweg nichts mehr mit Förderung von Wirtschaftsunternehmen zu tun. Die Landesregierung hat es mit Ihrer Politik geschafft, den Sinn der Wirtschaftsförderung in Niedersachsen vollständig zu konterkarieren.“, so Tippelt abschließend.

### Impressum:

ViSdP: Sabine Tippelt  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159  
Hannover  
Telefon: 0511 3030-3095  
Fax: 0511 3030-99-3095  
[sabine.tippelt@lt.niedersachsen.de](mailto:sabine.tippelt@lt.niedersachsen.de)  
[www.sabine-tippelt.de](http://www.sabine-tippelt.de)

**Sabine Tippelt wünscht Ihnen  
und Ihrer Familie einen schönen  
und erholsamen  
Sommer 2010**

## Schulstruktur: Landesregierung beharrt auf sturen Vorgaben

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag ist von der Anfang dieser Woche von der Landesregierung vorgestellten neuen „Verordnung über die Errichtung, Aufhebung und Organisation von öffentlichen Schulen“ enttäuscht. „Trotz neuer Köpfe in der Landesregierung bleibt die Bildungspolitik die alte“, sagte Sabine Tippelt am Mittwochabend in Hannover.

Trotz sinkender Schülerzahlen und den Forderungen nach mehr Flexibilität für die kommunalen Schulträger verfolge die Landesregierung stur ihre ideologischen Ziele. „Anstatt Vertrauen in die Schulträger zu setzen, die Bildungslandschaft vor Ort den Gegebenheiten anzupassen, und ihnen Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen, blockiert die Landesregierung gegen den Willen der Schulträger, Lehrkräfte und Eltern jegliche Entwicklung. Das Ziel dabei ist klar: Es geht einzig und allein darum, neue Gesamtschulen zu verhindern“, sagte Tippelt. Dieses werde schon allein daran deutlich, dass es für alle anderen Schulformen Ausnahmeregelungen zum Abweichen von der Mindestzügigkeit gebe, für Gesamtschulen aber nicht.

„Wir fordern von der Landesregierung, endlich vierzügige, in Ausnahmefällen auch dreizügige Gesamtschulen zuzulassen. Wir sehen uns damit im Einklang mit den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände sowie der Eltern und Schülerinnen und Schülern in Niedersachsen“, sagte die Landtagsabgeordnete Sabine Tippelt abschließend.

## Höhere Diäten für Abgeordnete

Die nds. Landtagsabgeordneten erhalten ab Juli 2010 eine Erhöhung ihrer Diäten um 200 Euro. Ab 2011 werden die Diäten um weitere 200 auf dann ca. 6000 Euro erhöht und ab 2012 schließlich an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst.

Sabine Tippelt äußert sich trotz der Zustimmung der SPD-Fraktion zu der Erhöhung skeptisch: „Warum dieser Schritt in der momentanen Haushalts- und Wirtschaftslage gegangen worden ist, erschließt sich mir nicht.“

Bündnis90/Die Grünen und die SPD bringen Resolution in den Kreistag ein. Am 28.06.2010 wurde diese einstimmig von allen im Kreistag vertretenen Parteien angenommen. Die Resolution im Wortlaut:

## Finanzamt Holzminden erhalten - Arbeitsplätze und Bürgernähe sichern

Der Landkreis Holzminden fordert die niedersächsische Landesregierung und die heimischen Abgeordneten auf, sich für einen Erhalt der 101 Arbeitsplätze – davon 85 Vollzeitstellen - des Finanzamtes Holzminden am bisherigen Standort Holzminden einzusetzen.

Eine Aufgabe des Standortes im Landkreis würde die Region schwer treffen und weitere Arbeitslosigkeit sowie Abwanderung verursachen. Für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger würde das weite Wege und eine zusätzliche Belastung bedeuten.

Begründung: Eine bürgernahe und serviceorientierte Finanzverwaltung ist unverzichtbar.

Die niedersächsische Landesregierung hat im Januar 2010 im Rahmen der Sparpolitik beschlossen, die Zahl der Finanzämter zu überprüfen und dort massiv Arbeitsplätze abzubauen. Von den bisher 67 Finanzämtern in der Fläche könnten 20 bis 30 aufgegeben werden. Für Holzminden wäre die Schließung oder Personalreduzierung des Finanzamtes ein großer Verlust. Aber auch insgesamt würde der Personalabbau in den Finanzämtern angesichts des geringeren Prüfungsumfanges zu einer verringerten Einnahmesituation führen, die die Finanzkrise in Landkreisen und Kommunen weiter verschärfen würde.

Von 1500 zu streichenden Stellen sollen 300 im Bereich Finanzen ersatzlos wegfallen.

## SPD-Landtagsfraktion wählt neuen Vorstand

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat am Montag, den 14.06.2010 einen neuen Fraktionsvorstand gewählt.

**Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wurde mit 91,5 Prozent der Stimmen Stefan Schostok gewählt.** Der 46-jährige Landtagsabgeordnete aus Hannover folgt auf Wolfgang Jüttner, der die Fraktion seit Juni 2005 führte.

Neue Parlamentarische Geschäftsführerin und damit Nachfolgerin von Heiner Bartling wurde die 49-jährige Landtagsabgeordnete Johanne Modder (Bunde).

Zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden gewählt:

- Gabriele Andretta - „Wissenschaft und Innovation“
- Frauke Heiligenstadt - „Schule“
- Olaf Lies - „Arbeit“
- Uwe Schwarz - „Soziales und Integration“
- Detlef Tanke - „Umwelt- und Energiepolitik“
- Gerd Will - „Wirtschaft und Verkehr“.

Darüber hinaus gehören zum Fraktionsvorstand:

- Klaus-Peter Bachmann - „Inneres“
- Petra Emmerich-Kopatsch - „Bundes- und Europa-Angelegenheiten, Medien“
- Renate Geuter - „Haushalt und Finanzen“
- Hans-Dieter Haase - „Recht und Verfassung“
- Andrea Schröder-Ehlers - „Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Demografie“
- Grant Hendrik Tonne - „Petitionen“

Weitere Informationen zu der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie unter: [www.spd-fraktion-nds.de](http://www.spd-fraktion-nds.de)

# AKTIV FÜR DEN WAHLKREIS

## Hochwasserschutz im Binnenland

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat mit dem Entschließungsantrag Drs. 16/496 „Integriertes Hochwasserschutzkonzept für Niedersachsen“ eindeutige Forderungen an die Landesregierung formuliert. Das Thema ist in den Beratungen noch nicht abgeschlossen und immer noch aktuell in der Diskussion.

Gerade von kommunaler Ebene erreichten Sabine Tippelt Hinweise, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt:

„Die betroffenen Regionen in Niedersachsen fühlen sich im Ernstfall allein gelassen und sehen besorgt den zukünftigen Hochwasserereignissen entgegen.“

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag nahm dieses auf Initiative von Sabine Tippelt und Petra Emmerich-Kopatsch zum Anlass, um die Vertreter der Kommunen und Wahlkreise zu einem Gespräch einzuladen.

„Veranstaltungen dieser Art zeigen immer wieder auf, wie Politik vernünftig mit den Bürgerinnen und Bürgern bzw. mit den Kommunen gemeinsam gestaltet werden kann. Die SPD-Fraktion hat hierbei viele wichtige und neue Erkenntnisse sammeln können, die nun in die weitere Arbeit einfließen wird. Alles in allem also ein voller Erfolg.“

---

## Weser-Werra-Versalzung: „Vermeidung vor Entsorgung!“

Die Weser-Werra-Versalzung bleibt weiterhin ein aktuelles Thema auf Landes- und Kreisebene. Die Forderung der Grünen im Kreistag nach einer Nordseepipeline ist nach Ansicht von Sabine Tippelt nur ein Abwälzen des Problems:

„Zum einen kann man K&S nicht zum Bau einer Nordseepipeline zwingen. Zum zweiten formiert sich im Bereich des Jadebusens, wo die Einleitung der Salzlauge in die Nordsee vorgesehen ist, erheblicher und nachvollziehbarer Widerstand. Zum dritten ist es aus Umweltgesichtspunkten völlig unverständlich, warum die Grünen das Problem nun einfach in das Weltnaturerbe Wattenmeer ableiten wollen.“

Der niedersächsische Landtag hat sich vor kurzem aus ebensolchen Gründen mit den Stimmen von CDU, FDP, die Linke und der SPD gegen eine solche Nordseepipeline ausgesprochen.

„Was für mich und die SPD bereits im Landtag galt, gilt nun ebenso auch im Kreistag. Es muss der Grundsatz gelten, Vermeidung vor Entsorgung. Deshalb fordern wir eine Lösung des Problems auf dem Stand der Technik. Diese Technik ist weltweit vorhanden und in anderen Ländern bereits Auflage, um eine Genehmigung für die Ansiedlung eines solchen Unternehmens zu erhalten.“

Sabine Tippelt kritisierte die Grünen-Fraktion im Kreistag deutlich für Ihre Lösung, die gar keine sei. Eine Politik, die sich lediglich darum bemühe, den Dreck vor der eigenen Haustür vor die des Nachbarn zu kehren, ist unverantwortlich.

„Der Stand der Technik beseitigt das Problem der Entsorgung im Kern. Das ist umweltpolitisch richtig und sofort umsetzbar“, so Tippelt abschließend.

## Datenkrake Google in die Schranken weisen

Die Aktivitäten des Internet-Anbieters Google, insbesondere die Kamerafahrten von Google-Fahrzeugen zur Bildersammlung für den Dienst „Google Street View“, haben breite Kritik ausgelöst. Neben der grundsätzlichen Problematik der Kamerafahrten sind eklatante Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen, etwa das illegale Abfangen und Speichern von privaten Verbindungs- und E-Mail-Daten, bekannt geworden. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat diese Vorgänge zum Anlass genommen, um die Landesregierung zum Handeln aufzufordern.

„Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die Datenkraken wirkungsvoll bekämpft und bei Google auf Einhaltung der deutschen Gesetze drängt. Konkret heißt das: Personen und sonstige im Straßenbild abgebildete Objekte mit Personenbezug müssen anonymisiert werden. Google muss sich dazu verpflichten, das Abfangen von Daten – absichtlich oder unabsichtlich – unmöglich zu machen. Die Aufnahmehöhe der Kameras auf den Google-Fahrzeugen darf zwei Meter nicht überschreiten. Selbst bei Einhaltung dieser maximalen Kamerahöhe muss sichergestellt sein, dass das Kameraauge nicht in die Privatsphäre von Menschen eindringt“, erklärte die Landtagsabgeordnete Sabine Tippelt Mitte Juni in Hannover.

Sie sprach sich zudem dafür aus, dass das Bundesdatenschutzgesetz als Verbraucherschutzgesetz anerkannt wird. „Dann hätten Verbraucherzentralen die Möglichkeit, einen Unterlassungsanspruch bei Verstößen gegen das Datenschutzrecht geltend zu machen“, sagte die Landtagsabgeordnete.

Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung zudem auf, die Landesbehörde für den Datenschutz in die Lage zu versetzen, Google wirksam überprüfen zu können, und eine Bundesratsinitiative des Landes Hamburg zu unterstützen, die das Ziel hat, Rechtsunsicherheiten im Datenschutz zu beseitigen.

„Die Landesregierung hat bisher keinerlei Initiative ergriffen. Sie kommt über Ankündigungen nicht hinaus. Kurzfristige Vorgaben zum Schutz der Persönlichkeit und der Daten im Internet sind aber nötig. Durch ihr Nichthandeln vernachlässigt die Landesregierung den Schutz der Bürger“, kritisierte Sabine Tippelt.

Sie wies zudem daraufhin, dass das Bundesverbraucherministerium auf seiner Homepage betroffenen Bürgerinnen und Bürgern einen vorformulierten Brief „Widerspruch gegen Veröffentlichungen durch den Internetdienst Google Street View“ anbiete.